

Bericht und Antrag der GPK¹ zum Geschäftsbericht 2014 des Stadtrats

GR Nr. 2015/100 vom 8. April 2015

1. Einleitung und generelle Bemerkungen

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Sinne von Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung den Geschäftsbericht des Stadtrats geprüft, sie hat schriftliche und mündliche Fragen gestellt und die Antworten beraten. Jede Referentin und jeder Referent hat zudem mit dem für das entsprechende Departement zuständigen Stadtratsmitglied beziehungsweise mit der Stadtschreiberin eine ausführliche Besprechung über das Geschäftsjahr 2014 geführt, in der GPK über das Gespräch Bericht erstattet und zuhanden des vorliegenden Berichts einige Aspekte zusammengefasst.

Die GPK nimmt als ausführendes Organ des Gemeinderats die Oberaufsicht über die Tätigkeit des Stadtrats und der Verwaltung wahr. Hierfür stehen der GPK verschiedene Mittel zur Verfügung:

- Der Geschäftsbericht des Stadtrats ist ein grundlegendes Instrument, um die Arbeit der Exekutive und Verwaltung zu prüfen, allerdings beschränkt sich die GPK selbstverständlich nicht auf diese Informationsquelle.
- Die GPK kann in den einzelnen Departementen über das zuständige Stadtratsmitglied Abklärungen tätigen. Dies geschieht oft über den Referenten oder die Referentin. Bei umfangreicheren Geschäften nimmt die GPK entweder in Arbeitsgruppen, Sub- oder Sonderkommissionen oder der Gesamtkommission diese Arbeit wahr.
- Vierteljährlich prüft die GPK anhand der Quartalsberichte der Finanzkontrolle und deren mit der Verwaltung getroffenen Vereinbarungen die Situation in den geprüften Dienstabteilungen.
- Die GPK trifft sich jährlich mindestens einmal mit dem Direktor der Finanzkontrolle, mit der Ombudsfrau halbjährlich und mit dem Datenschutzbeauftragten insbesondere im

¹ Präsident Michael Schmid (FDP), Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Nina Fehr Düsel (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)

Zusammenhang mit Themen zu POLIS und der Umsetzung der städtischen Datenschutzverordnung mehrmals im Jahr. Auch zwischen den Treffen geht die GPK Hinweisen aus den erwähnten Stellen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit nach.

Die GPK berichtet in einem separaten Bericht Anfang Jahr über ihre Tätigkeit. Vom Bericht zum Jahr 2014 vom 28. Januar 2015 (GR Nr. 2015/28) hat der Gemeinderat am 11. März 2015 Kenntnis genommen.

2. Geschäftsbericht des Stadtrats von Zürich

Die GPK hat den Geschäftsbericht des Stadtrats in einem mehrstufigen Verfahren geprüft.

Die GPK-Mitglieder führten wenn möglich nach einer ersten Lektüre des Geschäftsberichts mit den Vorstehenden ihrer Referatsdepartemente ein Gespräch bevor sich die gesamte GPK zur ersten Beratung des Geschäftsberichts traf.

Die GPK hat sich in einem ersten Schritt zu einer halbtägigen Sitzung getroffen und den Geschäftsbericht Kapitel für Kapitel beraten. Sie hat Fragen zusammengetragen, soweit diese vom zuständigen Referenten oder der zuständigen Referentin aufgrund des Departementgesprächs nicht schon beantwortet werden konnten. Die noch offenen Fragen wurden mehrheitlich schriftlich bei den Departementen eingereicht. Vereinzelt haben die Referenten und Referentinnen dem zuständigen Stadratsmitglied mündlich gestellt und umgehend mündlich oder teilweise nachträglich schriftlich Antwort erhalten.

Die Beratung der Antworten im Rahmen der zweiten Lesung gab Anlass zu wenig Rückfragen, zudem wurden noch einige Fragen eingereicht, die der GPK über eine Gemeinderatsfraktion zugegangen waren.

Wie im Vorjahr waren für die GPK mit der dritten Lesung alle Fragen genügend beantwortet, so dass im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichts 2014 keine weiteren Rückfragen mehr gestellt wurden.

Die GPK schätzt die im Bericht stellenweise sichtbaren Bemühungen, konkrete Informationswünsche oder Hinweise zur besseren Verständlichkeit aus früheren Jahren aufzunehmen. Nach wie vor wünscht sich die GPK im Geschäftsbericht des Stadtrats aber eine kritischere Darstellung der städtischen Verwaltungstätigkeit, die auch Nichterreichtes, Verbesserungswürdiges oder Risiken beleuchtet, womit der Nutzen für die parlamentarische Aufsicht erhöht würde.

2.1 Allgemeine Verwaltung

Das Berichtsjahr zeichnete sich nicht nur durch die Durchführung der Gemeinde- und Stadtratswahlen aus, sondern damit zusammenhängend auch durch den Beginn einer neuen Legislatur. Der Stadtrat verzichtete auf die Ausarbeitung von neuen Legislatorschwerpunkten, entwickelte aber den mehrere Legislaturen umfassenden Ausblick weiter, der neu als «Strategien 2035» überschrieben ist.

Die Konjunktur in Zürich bezeichnete der Stadtrat als stabil; im Gegensatz zu jener in der Welt und in Europa. Das zeigte sich auch an den Steuererträgen, die im Jahr 2014 leicht von 2,488 Milliarden Franken auf 2,523 Milliarden Franken zugenommen haben. Eine leichte Zunahme zeigte sich bei den natürlichen Personen, eine mässige bei den juristischen. Ein substantieller Rückgang war hingegen bei den Quellensteuern zu verzeichnen, die allerdings in absoluten Zahlen wenig ins Gewicht fallen.

Ein wesentlicher Meilenstein im Bereich der Stadtkanzlei war die Neubestellung der Kreiswahlbüros: Durch eine Reduktion der Mitglieder bezogen auf die Einwohner kann erreicht werden, dass die Mitglieder öfters zum Dienst aufgeboten werden, was die Motivation fördert.

Durch die intensivere Nutzung des Intranets wird das Gewicht vom Papier auf den Bildschirm verschoben. Das bringt Kostenersparnisse; bei der Akzeptanz kann festgestellt werden, dass diese bei den jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser ist als bei den älteren.

Ein Markstein war die Teilrevision der kantonalen Bürgerrechtsverordnung, bei der neu auch ein Sprachtest als Kriterium zur Einbürgerung verlangt wird. Wohl trat diese neue Verordnung erst zum Beginn des Jahres 2015 in Kraft, doch warf sie ihre Schatten voraus, indem in der Stadtkanzlei im alten Jahr noch möglichst viele Gesuche bearbeitet werden mussten, um zu vermeiden, dass für viele Antragssteller im Laufe des Verfahrens die Regeln ändern.

2.2 Präsidialdepartement (PRD)

Das Gespräch zwischen der Referentin und der Stadtpräsidentin sowie zwei ihrer Mitarbeitenden war offen und informativ. Detaillierte Fragen der Referentin wurden bereits im Gespräch geklärt, oder die Antworten wurden nachgereicht. Die anschliessenden weiteren Fragen aus der GPK wurden termingerecht beantwortet.

Das Präsidialdepartement wurde letztes Jahr von der GPK gebeten, künftig Kennzahlen deutlicher und verständlicher wiederzugeben. Diesem Anliegen wurde im Geschäftsbericht 2014 Rechnung getragen. Auch dem Wunsch nach detaillierteren Zahlen zu Wegzügen von Firmen kam das Präsidialdepartement im Rahmen des Möglichen nach. Weitergehende Zahlen zu erhalten, wäre mit höheren Kosten verbunden.

Die GPK hat in ihren Rückfragen den Schwerpunkt auf die Aussenbeziehungen gesetzt. Sie erkundigte sich insbesondere nach konkreten Beispielen für den Nutzen und die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und China, insbesondere Zürich und Kunming. Das Präsidialdepartement lieferte dazu einige konkrete Beispiele. Auch seinen Einsatz für bessere Zugverbindungen zwischen Zürich und München hat das Präsidialdepartement näher erläutert und versichert dranzubleiben.

Beim Thema Schliessungen von Poststellen und Postfächern, das grosse Teile der Bevölkerung betrifft, hat sich der Stadtrat im Rahmen des für die Stadt Zürich auf Grund des im geltenden Recht Möglichen eingesetzt und in einzelnen Fällen auch angepasste Lösungen erreicht.

2.3 Finanzdepartement (FD)

Die Referentin vermerkt die konstruktive Diskussionskultur mit dem Departement positiv, auch kritische und sensible Themen wurden im Gespräch offen erörtert. Schwerpunkte des Gesprächs waren der Stand der Dinge in Bezug auf das neue Gemeindegesetz sowie die Umsetzung der HR-Strategie. Bei letzterem ging es insbesondere um die Aspekte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Arbeitssituation für Mitarbeitende, die sich dem Pensionierungsalter nähern. Den davon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt es, als Arbeitgeber gute Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, um sie als Arbeitskräfte halten zu können. Wichtig sind in diesem Zusammenhang das entsprechende Bewusstsein auf allen Führungsebenen und die Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmersvertretungen.

Substanzielle Aussagen über die Wirksamkeit der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (KSFD) können so kurz nach deren Gründung Anfang August 2014 noch nicht gemacht werden, doch hat sich das Gremium bereits zu verschiedenen Vorlagen vernehmen lassen, u. a. zur Unternehmenssteuerreform III. Weitere Rückfragen stellte die GPK in Bezug auf die geplante Eishockey- und Sportarena, den Investorenwettbewerb für das Hardturm-Areal und das Kongresshaus, wobei bezüglich letzterem zwischenzeitlich separate Weisungen beim Gemeinderat pendent sind. Schliesslich liess sich die GPK über die weitere berufliche Tätigkeit der 335 Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der Stadtverwaltung orientieren und nahm dabei zur Kenntnis, dass sich 34 (von den insgesamt 64) Stellensuchenden für das stadtinterne Berufserfahrungsjahr beworben hatten und davon 30 aufgenommen wurden.

2.4 Polizeidepartement (PD)

Die GPK richtete ein besonderes Augenmerk auf die im Geschäftsbericht erwähnten Jahres-schwerpunkte Forensisches Institut, Projekt Rotlicht und Sicherheitsverbundübung 2014. Die dazu erhaltenen Informationen sind grundsätzlich zufriedenstellend, wobei zu beachten ist, dass die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR) nun zeitnah geschaffen werden sollen, was aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht unumgänglich und dringlich ist.

Zu vermerken ist auch die lange Verfahrensdauer bei den relativ zahlreichen am Ende des Berichtsjahres noch hängigen Gesuchen für Salonbewilligungen. Der Abschluss dieser Verfahren setzt die vorgängige Klärung der baurechtlichen Voraussetzungen durch das Hochbaudepartement voraus.

Im Weiteren hat sich die GPK unter anderem mit dem Nutzen der ISO-Zertifizierung der Dienstabteilung Schutz & Rettung auseinandergesetzt, wobei diese im konkreten Fall von der kantonalen Gesundheitsdirektion und im Vertrag mit dem Flughafen verlangt wird.

Ergänzende Informationen erhielt die GPK zur Fluktuationsrate bei den Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitätern und zu deren Schutz vor Gewalt und Drohungen im Einsatz. Schliesslich stellte die GPK Rückfragen zum Projekt «Tempo 30 nachts».

2.5 Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Die mündliche Besprechung mit Stadträtin Claudia Nielsen fand am 12. Mai 2015 statt. In deren Verlauf wurde eine Reihe von Fragen, bei denen (nach der Beurteilung durch den Referenten) überwiegend qualitative Aspekte im Vordergrund standen, mündlich erörtert. Fragen mit erhöhter Komplexität oder vermehrt quantitativen Aspekten wurden schriftlich eingebracht und fristgerecht durch das Departement beantwortet.

IT-Strategie der Stadtspitäler und Datensicherheit

Vor dem Hintergrund der Migration von Spitalservern ins Rechenzentrum der OIZ stellte die GPK Fragen zur Datensicherheit im Umgang mit Gesundheitsdaten und zur Handhabung der Zugriffsrechte. Grundsätzlich muss zwischen der Nutzung für spezifische, medizinische Applikationen einerseits und der Administration auf der Infrastrukturebene unterschieden werden. Die Vergabe von Zugriffsrechten auf Applikationen wird weiterhin durch die Stadtspitäler bewilligt. Die OIZ regelt ausschliesslich Administratorenrechte auf der Infrastrukturebene. Mitarbeitende der OIZ sind dabei zur Einhaltung der gleichen gesetzlichen Vorgaben verpflichtet wie die Mitarbeitenden der Spitäler.

Teilzeitarbeit und Fluktuationsraten beim Spitalpersonal

Teilzeitmodelle sind im Bereich Pflege seit Jahren ein wichtiges Instrument. Im Stadtspital Waid etwa sind im Pflegebereich mehr als 34 % der Angestellten im Teilzeitmodell beschäftigt. Die GPK erkundigte sich nach den Fluktuationsraten beim Pflegepersonal der Stadtspitäler Triemli und Waid. Zwischen den Spitälern gab es 2014 keine signifikanten Unterschiede. So betrug die Netto-Fluktuationsrate beim Stadtspital Triemli 15,3 % und beim Stadtspital Waid 14,3 %.

Demenz geht uns alle an: Aufgeweckte Kunst-Geschichten

Die GPK erkundigte sich nach dem Stand und den Ergebnissen des Projekts «Aufgeweckte Kunst-Geschichten», das vom Zentrum für Gerontologie der Universität Zürich durchgeführt und von den Alterszentren unterstützt wurde. Idee des Projekts ist, Menschen mit Demenz ins Museum zu geleiten und dort ein ausgewähltes Gemälde auf sie einwirken zu lassen, das ihre Fantasie beflügelt und einen kreativen Prozess in ihnen auslöst. Ein weiteres Projektziel besteht darin, Begleitpersonen bewusst werden zu lassen, über wie viele Ressourcen Menschen mit Demenz noch immer verfügen. Teilnehmen konnten Angehörige mit ihrem an Demenz erkrankten Vater oder ihrer an Demenz erkrankten Mutter. Im Zeitraum von 2012 bis 2015 umfasste das Projekt gesamthaft 49 Veranstaltungen und wurde wissenschaftlich begleitet. Rückmeldungen deuteten an, dass der gemeinsame Besuch im Kunsthhaus als sehr wertvoll empfunden wird.

2.6 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Der Besuch beim Vorsteher zur Vorstellung des Geschäftsberichts fand am 5. Mai 2015 statt. Das Kapitel über das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (54 Seiten) umfasst vier Seiten weniger als vor Jahresfrist und wird wiederum nur vom Hochbaudepartement in der Länge knapp übertroffen. Doch der Eindruck täuscht, denn die hängigen, parlamentarischen Vorstösse nehmen mehr als die Hälfte des Seitenumfangs ein.

Die sieben schriftlich eingereichten Fragen wurden alle fristgerecht und zur vollsten Zufriedenheit der GPK beantwortet, sodass keine zweite Lesung durchgeführt werden musste. So fragte der Referent beispielsweise nach, wie das ERZ zu seinen Hunderten von freiwilligen

und engagierten Helferinnen und Helfern komme, die auf Seite 191 des Geschäftsberichts erwähnt werden. Er erkundigte sich, aus welchem Antrieb sich die Freiwilligen dafür engagierten, Abfall aufzulesen. Auch die Beantwortung der neun mündlichen Fragen zum Geschäftsbericht liess nichts zu wünschen übrig.

Das TED antwortete darauf, dass die ERZ Stadtreinigung durch diverse Anfragen seitens Organisationen, Vereinen, Schulen und Schulklassen sowie Unternehmen aus der Wirtschaft zu freiwilligen Helferinnen und Helfern komme. Diese profitierten durch diese Einsätze von einem einmaligen Erlebnis und einem praxisnahen Einblick in die täglichen Herausforderungen der Stadtreinigung. So schätzen die Helferinnen und Helfer auch, eine wahrnehmbare, positive Veränderung geschaffen zu haben. Wenn der freiwillige Einsatz zudem medial begleitet wurde und Einzug in die Medienberichterstattung fand, wurde dies als zusätzliche Motivation respektive Anerkennung der freiwillig geleisteten Arbeit empfunden.

2.7 Hochbaudepartement (HBD)

Dieses Jahr liess sich die Referentin den Geschäftsbericht 2014 vom Departementsvorsteher und einem Departementssekretär in einigen ausgewählten Details persönlich darlegen.

Auch schriftliche Fragen wurden wieder eingereicht. Dieses Jahr bezog sich die Beratung des Geschäftsberichts des HBD vor allem auf interne organisatorische Abläufe. Der GPK wurden einige Punkte der Personalpolitik erläutert, zum Beispiel die Bedeutung des Gleichstellungsprädikats «UND». Die GPK hatte Einblick in den Personalbereich des IT-Bereichs und in das neue Bürokonzept der Immobilien Stadt Zürich.

Die GPK ging der Frage nach, wieso die Anzahl der Kleinprojekte im Geschäftsjahr und in den vergangenen Jahren besonders hoch waren und erhielt plausible Antworten, die sich auf die aktuelle Situation bezogen, die verstärkte Verdichtung in den letzten Jahren und die Art, wie das AHB seine Projekte plant.

Der Hochbauvorsteher informierte ausführlich über die im ISOS definierten Erhaltungsziele, die der Bund mit der Stadt vereinbaren will. Nach anfänglicher Sorge ist er zuversichtlich, dass eine für beide Seiten befriedigende Lösung gefunden werden kann.

2.8 Departement der Industriellen Betriebe (DIB)

Das Gespräch mit dem Vorsteher des DIB, den Departementssekretären sowie zwei weiteren Mitarbeitenden fand am 12. Mai 2015 statt. Dabei erkundigte sich die Referentin nach dem aktuellen Stand der Zielvereinbarung mit dem ZVV, die noch bis Ende 2016 läuft und sowohl eine Kostenreduktion als auch Mehreinnahmen seitens VBZ fordert. Beide Ziele sind im Moment auf Kurs. Kurz erläutert wurden auch die Unternehmenskultur der VBZ und die aktuelle Unternehmensstrategie.

Mit der Regionalen Verkehrskonferenz wurde in der Stadt Zürich ein neues Gremium geschaffen, das die Quartieranliegen in das Fahrplanverfahren des ZVV einbringen soll. Im Gespräch wurde kurz dargelegt, wie die Sitzungen zeitlich und thematisch geplant sind und wie andere regionale Konferenzen dies handhaben.

Die Anpassung der Förderbeiträge des Stromsparfonds führte wie erwartet zu einem Rückgang der bewilligten Gesuche für kleine Photovoltaikanlagen, die mittlerweile vom Bund gefördert werden. Der Systemwechsel scheint gut kommuniziert worden zu sein. Es sind keine Reaktionen von Betroffenen bekannt.

Das erste Teilprojekt des stadtweit geplanten Records Managements wurde bei der Wasserversorgung umgesetzt. Das Planarchiv wurde gemäss den Vorgaben des Stadtarchivs und der OIZ elektronisch erfasst.

Weitere Themen waren der vom EWZ vor der Erstellung von einem Generalunternehmer gekaufte Windpark in Frankreich sowie die Beteiligungsstruktur des neuen Holzheizkraftwerks im Kanton Aargau, bei welchem das EWZ mit 40 % beteiligt ist.

2.9 Schul- und Sportdepartement (SSD)

Im Fokus der Nachfragen standen die Musikschule und das Projekt «Kinder mit besonderen medizinischen Bedürfnissen im Lebensraum Schule».

Im Bericht der Ombudsstelle waren drei Beispiele aus der Musikschule veröffentlicht. Im Rahmen des Gesprächs mit Stadtrat Gerold Lauber wurde die Thematik des kritisierten Umgangs mit verspäteten Zahlungen besprochen. Laut seinen Aussagen wurden die Abläufe bereits im letzten Jahr angepasst. Die Musikschule pflegt heute einen kundenfreundlicheren Umgang.

Das Projekt «Kinder mit besonderen medizinischen Bedürfnissen im Lebensraum Schule» soll Lehrpersonen unterstützen in der Betreuung von Schülerinnen und Schülern, welche an Asthma, Herzfehlern oder Epilepsie erkrankt sind. Hier interessierte insbesondere die Zusammenarbeit mit den Eltern und den behandelnden Ärztinnen und Ärzten. In Leitlinien wurden die Kompetenzen und Aufgaben der Schule definiert und die Zusammenarbeit mit Eltern und Ärzten geklärt. Ein spezielles Augenmerk galt auch der Datensicherheit der medizinischen Informationen. Heute werden die Dossiers in verschliessbaren Aktenschränken mit klarer Zugangsberechtigung abgelegt. 2016 wird eine Praxissoftware eingeführt werden, in welcher die Datensicherheit berücksichtigt ist.

In der Stadt Zürich gab es 2014 166 Menschen mit Schweizer-Meister-Titeln. Die Frage war, wie diese einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollen. Das Sportamt veröffentlichte schliesslich die Namen auf ihrer Internetseite und in einem Inserat im Tagblatt der Stadt Zürich.

2.10 Sozialdepartement (SD)

Im Gespräch mit dem Vorsteher des SD und den Departementssekretärinnen konnten diverse Fragen und Unklarheiten im Zusammenhang mit den Ausführungen oder tabellarischen Darstellungen im Geschäftsbericht geklärt werden, unter anderem:

Amt für Zusatzleistungen

Im Zusammenhang mit dem Pflegecontrolling wurde die Frage gestellt, warum sich das SD für die Zusammenarbeit mit der Krankenversicherung Helsana entschieden hat. Die Helsana verfügt über ein langjähriges fundiertes Controlling-Fachwissen, für das es Fachkräfte aus dem Gesundheitsbereich und eine genügend grosse Auslastung benötigt. Diese Zusammenarbeit wurde gewählt, weil das Amt für Zusatzleistungen (AZL) die nötigen Ressourcen nicht zur Verfügung hat und die Stadt Zürich das zukünftig auch nicht selbst aufbauen und bewirtschaften möchte.

Soziale Dienste, regionale Kinderschutzgruppe

In der tabellarischen Aufführung bezüglich neu gemeldeter Fälle fiel auf, dass es seit 2010 einen erfreulich zunehmenden Melderückgang zu verzeichnen gibt. Dies begründet sich darin, dass sich die Rahmenbedingungen für Intervention und Prävention im Bereich Kinderschutz in den letzten Jahren stark veränderten. Die Stadt Zürich sowie private Initiativen haben viel unternommen, um Kindswohlgefährdungen zu erkennen und zu vermeiden sowie gefährdete Kinder und Jugendliche entsprechend zu schützen. Unter diversen Massnahmen sind insbesondere die Bildung der Sozialzentren der Sozialen Dienste, der flächendeckende Ausbau der Schulsozialarbeit und die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes zu nennen. Aktuell beschäftigen sich die Sozialen Dienste mit der Neupositionierung der Kinderschutzgruppen, konkret mit dem Beratungsangebot für Fachpersonen im Bereich Kinderschutz.

3. Abschreibungsanträge Postulate

Gemäss Art. 95 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats prüft die GPK die Berichte des Stadtrats zu den Postulaten und stellt anlässlich der Ratsdebatte zum Geschäftsbericht Antrag auf Abschreibung der Postulate oder Ergänzung der Berichte.

Der Gemeinderat hat am 18. September 2013 einen Beschlussantrag (GR Nr. 2013/314) überwiesen, worin eine Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Neuregelung der Prüfung und Abschreibung von Postulaten verlangt wurde. In mehreren Sitzungen von Delegationen des Büros, der Interfraktionellen Konferenz und der GPK wurde das Verfahren eingehend diskutiert und ein gemeinsamer Konsens darüber gefunden. Mit Beschluss

vom 15. April 2015 (GR Nr. 2015/50) hat der Gemeinderat vom diesbezüglichen Bericht einstimmig Kenntnis genommen und den Beschlussantrag als erledigt abgeschrieben.

Wie bisher lud die GPK jeweils die ursprünglichen Postulatseinreichenden – oder, falls diese nicht mehr im Rat sind, deren Fraktion – ein, zum Abschreibungsantrag Stellung zu nehmen. Kommissionspostulate wurden den entsprechenden Kommissionen vorgelegt. Bestand eine Kommission nicht mehr, wurde das Büro des Gemeinderats gebeten, den Abschreibungsantrag zu prüfen. Ist eine Fraktion nicht mehr im Gemeinderat vertreten, beriet die GPK den Abschreibungsantrag ohne weitere Konsultationen. Im Gegensatz zu früher werden die Stellungnahmen nun den Vorsitzenden der Fraktionen oder Parlamentsgruppen eingereicht, welche für die interne Verteilung und den Rücklauf besorgt sind. Das gesamte Geschäft wurde nur noch auf elektronischem Weg abgewickelt.

Der Rücklauf der Stellungnahmen war dieses Jahr, auch dank der Unterstützung durch die Fraktionspräsidien, lückenlos. Insgesamt wurde in 110 Fällen Zustimmung zum stadträtlichen Abschreibungsantrag mitgeteilt, während in 97 Stellungnahmen begründet wurde, warum der Abschreibungsantrag nicht gutgeheissen werden sollte.

Die GPK prüfte die Stellungnahmen, behielt sich aber auf Grund der Prüfung des Sachverhalts und aller vorliegenden Informationen vor, dem Gemeinderat einen abweichenden Antrag (in der Praxis in der Regel einen Antrag auf Abschreibung) zu stellen. Die diesjährigen Anträge erfolgen einstimmig.

4. Motionen

Motionen, die vom Gemeinderat dem Stadtrat zur Erfüllung überwiesen werden, sind gemäss Art. 92 der Geschäftsordnung des Gemeinderats innerhalb von zwei Jahren nach Überweisung zu erfüllen, respektive ist dem Gemeinderat eine entsprechende Weisung vorzulegen. Der Stadtrat kann drei Monate vor Ablauf der Frist um eine Erstreckung um höchstens zwölf Monate ersuchen. Der Gemeinderat seinerseits kann, wenn er die Beurteilung des Stadtrats nicht teilt, eine Nachfrist von drei bis zwölf Monaten zur Vorlage der verlangten Anträge einräumen. Solange der Gemeinderat dem Stadtrat keine Nachfrist setzt, ist für den

Stadtrat eine Motion erledigt. Die Motion lebt für den Stadtrat erst dann wieder auf, wenn der Gemeinderat die erwähnte Nachfrist setzt. Wie lange der Gemeinderat Zeit für eine Nachfristsetzung hat, ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt.

Der Stadtrat hat im Berichtsjahr zu allen fälligen Motionen fristgerecht Antrag an den Gemeinderat gestellt.

5. Dank

Die GPK bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für den grossen Einsatz. Dem Stadtrat, der Stadtschreiberin, dem Rechtskonsulenten des Stadtrats sowie den Departementssekretärinnen und -sekretären dankt die GPK überdies für die gute Zusammenarbeit.

6. Detailanträge

Die nachfolgenden Postulate werden nach Prüfung durch die GPK zur Abschreibung, respektive zur Nichtabschreibung empfohlen.

Legende zu den Abschreibungsanträgen des Stadtrats

Ja = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats einverstanden.

Nein = Die GPK ist mit dem Abschreibungsantrag des Stadtrats nicht einverstanden.

Allgemeine Verwaltung / STS:

POS 2000/000292	21.06.2000 10.01.2001	Marti Peter und Rosenheim Monjek Einbürgerung, Einführung von Sprachtests
JA		
POS 2010/000257	14.11.2007 09.06.2010	Uttinger Ursula und Egger Urs Einbürgerungen, Bestehen einer Deutschprüfung als Voraussetzung
JA		
POS 2012/000392	31.10.2012 14.11.2012	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero Anpassung der Beglaubigungsbögen für die Unterschriften zu den Listen- oder Personenwahlen auf Gemeindeebene
JA		
POS 2012/000406	07.11.2012 19.06.2013	Bürlimann Martin und Tomezzoli Ruggero Nicht unterschriebene Stimmrechtsausweise, Verständigung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger
JA		

Präsidialdepartement:

POS 2006/000556	07.06.2006 29.11.2006	Nagel Ueli und Nielsen Claudia Uto Kulm, Landabtausch mit der Gemeinde Stallikon
JA		
POS 2006/000314	12.07.2006 27.09.2006	Di Concilio Salvatore und Schönbächler Robert Migrationsmuseum, Bericht über eine allfällige Errichtung
NEIN		
POS 2008/000024	16.01.2008 30.01.2008	Weibel Waser Esther und Reimann Beatrice Museumskonzept, Berücksichtigung der Migration
NEIN		
POS 2009/000428	23.09.2009 12.09.2012	Z'graggen Marcel und Rabelbauer Richard Zuteilung der frei werdenden Räume an der Röslistrasse 11 zur Röslichür
JA		

POS 2009/000566	02.12.2009 11.12.2009	Angst Walter und Glättli Balthasar Öffentlichkeitsprinzip, Überprüfung des Einsatzes der Kommunikations-Ressourcen zur raschen und umfassenden Umsetzung
NEIN		
POS 2009/000570	02.12.2009 11.12.2009	Badran Jacqueline und Glättli Balthasar Statistisches Amt der Stadt Zürich, vermehrte Nutzung als stadinternes Kompetenzzentrum für Studien und Erhebungen
JA		
POS 2010/000250	09.06.2010 19.12.2012	Regli Daniel und Scheck Roland Stadtentwicklung Zürich, Optimierung und Verschlanung der Gremien
NEIN		
POS 2010/000378	08.09.2010 19.12.2012	Im Oberdorf Bernhard und Fehr Urs «Züri-Fäscht», Gestaltung eines kulturell ansprechenden Abendprogramms
NEIN		
POS 2012/000080	07.03.2012 03.04.2013	Regli Daniel und Sidler Bruno Reduktion der Kosten für die Produktion und den Versand der städtischen Publikationen
NEIN		
POS 2012/000102	14.03.2012 04.04.2012	Dubno Samuel und Garcia Isabel Systematisierung und Vereinheitlichung der Formate und Layouts der städtischen Drucksachen und Publikationen
JA		
POS 2012/000235	06.06.2012 04.07.2012	Würth Eva-Maria Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit für den «Garten der Künste» beim Kunsthaus-Neubau
JA		
POS 2012/000418	14.11.2012 28.11.2012	CVP-Fraktion und FDP-Fraktion Sicherstellung der Verwendung des für das Dada-Jubiläum gesprochenen Betrags für die Durchführung des Jubiläums
JA		
POS 2012/000456	05.12.2012 12.12.2012	Grüne-Fraktion Elektronische Publikation sämtlicher Jahresberichte der städtischen Dienst-abteilungen zur Senkung der Druckkosten und des Papierverbrauchs
JA		
<u>Finanzdepartement:</u>		
POS 2002/000163	08.12.1999 15.05.2002	Schmid Ronald und Schüepp Jürg R. Parkierungsanlage Central, Errichtung durch eine private Trägerschaft
NEIN		
POS 2002/000444	30.10.2002 02.07.2003	Walther Rolf und Rosenheim Monjek Gebühren der Stadt Zürich, Bericht
NEIN		
POS 2002/000483	30.11.2002 09.03.2005	Bartholdi Roger und Liebi Roger Parkhäuser, Privatisierung
NEIN		

POS 2005/000045	09.02.2005 19.12.2007	Danner Ernst Buchführung mit IPSAS, Bericht über Vor- und Nachteile bei deren Einführung
JA		
POS 2005/000503	30.11.2005 14.12.2005	Erfigen Monika und Liebi Roger Pensionskasse Stadt Zürich, Verringerung der Zinslast durch Kapitalaufnahme
NEIN		
POS 2006/000525	22.11.2006 06.12.2006	Egger Urs Negative Einkommenssteuer, Bericht über Auswirkungen auf sozialpolitische Massnahmen bei allfälliger Einführung
JA		
POS 2007/000214	18.04.2007 23.05.2007	Glättli Balthasar und Badran Jacqueline Geschlechterspezifische Budgetanalyse, regelmässige Berichterstattung
JA		
POS 2007/000635	06.12.2007 19.12.2007	Angst Walter und Danner Ernst Neue Rechnungslegung bei den Gemeinden des Kantons Zürich, Bericht
JA		
POS 2008/000516	12.11.2008 22.12.2010	Badran Jacqueline und Mauch Corine Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmungen, Bericht an den Gemeinderat
JA		
POS 2008/000544	03.12.2008 10.12.2008	FDP-Fraktion Stadtverwaltung, Kostenreduktion für die Personalwerbung
JA		
POS 2009/000119	01.04.2009 22.12.2010	Badran Jacqueline Liegenschaften der Kantonalen Liegenschaften AG, Vorkaufsrecht der Stadt Zürich
JA		
POS 2009/000448	30.09.2009 22.12.2010	Wenger Christian und Brasser Ueli Wohnsiedlungen, sanfte Renovation statt Abbruch
NEIN		
POS 2010/000098	10.02.2010 27.06.2012	Graf Davy und Nielsen Claudia Offenes WLAN auf Stadtgebiet
JA		
POS 2010/000156	07.04.2010 21.11.2012	Grüne-Fraktion Umstellung auf kontrolliert biologische Bewirtschaftung des städtischen Landbesitzes ausserhalb der Stadtgrenzen
JA		
POS 2012/000434	16.06.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG), Ergänzung des Stiftungsreglements
NEIN		



17 / 32

POS 2010/000311	14.07.2010 29.09.2010	Frei Dorothea und Pflüger Severin Bericht über die Wohnsituation von Studierenden und in Ausbildung befindlichen Personen in der Stadt Zürich
NEIN		
POS 2010/000315	14.07.2010 21.11.2012	Tuena Mauro und Liebi Roger Beseitigung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung von Personen, die der Quellenbesteuerung unterliegen gegenüber dem Rest der steuerpflichtigen Bevölkerung
NEIN		
POS 2010/000404	22.09.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Güterbahnhofareal, Erwerb und Nutzung im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung
JA		
POS 2010/000462	03.11.2010 21.11.2012	Probst Matthias und Hug Christina Umnutzung ungenutzter Parkplätze in Tiefgaragen zu Proberäumen für Musikbands
JA		
POS 2010/000500	01.12.2010 06.04.2011	AL-Fraktion Besteuerung der FIFA in der Stadt und im Kanton Zürich
NEIN		
POS 2010/000510	08.12.2010 16.03.2011	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Stabilisierung der Stellenzahl der städtischen Verwaltung ab 2012
JA		
POS 2010/000511	08.12.2010 23.03.2011	Blöchlinger Patrick und Spiess Christoph Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012
NEIN		
POS 2010/000524	08.12.2010 21.11.2012	AL-Fraktion Realisierung eines Gewerbehouses auf dem SBB-Areal Bahnhof Seebach
JA		
POS 2010/000525	08.12.2010 30.03.2011	SP-, Grüne-, AL-Fraktion und parlamentarische Gruppe EVP Ergänzung der «Richtlinie Soziale Nachhaltigkeit» mit ökologischer Nachhaltigkeit
JA		
POS 2010/000533	22.12.2010 19.01.2011	Simon Claudia und Hänni-Etter Cäcilia Senkung der Kosten für Stelleninserate
JA		
POS 2012/000435	12.01.2011 21.11.2012	GLP-Fraktion Regelung für das Melden von Missständen durch Mitarbeitende der städtischen Verwaltung. Erarbeitung einer Verordnung
JA		
POS 2012/000196	09.05.2012 23.05.2012	Grüne-Fraktion Verwendung des Restkredits aus dem Rahmenkredit «Aktive städtische Wohnbaupolitik, Verbilligung der Mietzinse durch Abschreibungsbeiträge» zur Gewährung von Abschreibungsbeiträgen beim Kauf von Wohnliegenschaften durch die Stadt
JA		



18 / 32

POS 2012/000197	09.05.2012 23.05.2012	AL-Fraktion Stiftung PWG, Vermietung eines bestimmten Mindestanteils an Wohnungen an Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sowie Vorlage eines Berichts über die erreichten Ziele
NEIN		
POS 2012/000451	05.12.2012 12.12.2012	SP-Fraktion, Grüne-Fraktion und GLP-Fraktion Strombedarf der Dienstabteilungen der Stadt, Deckung zu 100 % durch naturmade starzertifizierte oder gleichwertige Produkte
JA		
<u>Polizeidepartement:</u>		
POS 1985/000005	04.12.1985 20.08.1986	Ramer Silvia Zähringer- und Predigerplatz, Umwandlung in eine Fussgängerzone
NEIN		
POS 1999/000434	19.09.1999 29.11.2000	Mettler Christian und Schilter Armin Kreiswache 12, Verzicht auf die Schliessung an Wochenenden
NEIN		
POS 2000/000222	10.05.2000 21.03.2001	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai, Verlegung des Festplatzes
NEIN		
POS 2000/000420	30.08.2000 20.09.2000	Rosenheim Monjek und Schmid Ronald Ausländerinnen und Ausländer, Massnahmenkatalog zur Verhinderung illegaler Anwesenheit
NEIN		
POS 2001/000232	09.05.2001 20.11.2002	Tuena Mauro und Casparis Jürg 1. Mai-Fest, Verlegung des Standorts
NEIN		
POS 2002/000044	30.01.2002 17.04.2002	Freisinnig-Demokratische Partei Fraktion Kreuzplatz, Optimierung der Verkehrsführung und -steuerung
JA		
POS 2004/000482	11.09.2002 08.09.2004	Liebi Roger und Schwyn Markus Vermummungsverbot, Durchsetzung
NEIN		
POS 2003/000099	19.03.2003 09.03.2005	Im Oberdorf Bernhard Strassenverkehr, Durchsetzung der Rechtsgleichheit
NEIN		
POS 2005/000333	10.09.2003 24.08.2005	Nielsen Claudia Westtangente, Vorlage für eine effiziente Verkehrssteuerung
JA		
POS 2004/000669	15.12.2004 12.01.2005	Bachmann Hans und 59 Mitunterzeichnende Güterumschlagplätze, vermehrte Schaffung durch entsprechende Strassen-signalisation
JA		



POS 2005/000258	29.06.2005 13.07.2005	Amacker Bruno Central, manuelle Verkehrssteuerung
NEIN		
POS 2005/000343	31.08.2005 41.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Taxi-Standplatz Schulstrasse, Kompensation für die vorgesehene Aufhebung
NEIN		
POS 2005/000344	31.08.2005 14.01.2009	Sidler Bruno und Hauri Theo Schulstrasse, Erstellen eines Fussgängerstreifens
NEIN		
POS 2005/000453	09.11.2005 15.03.2006	Knaus Markus und Nielsen Claudia Hardbrücke, Auswertung der Sanierung für die künftige Verkehrsführung
NEIN		
POS 2006/000210	31.05.2006 18.11.2009	Angst Walter Politische Veranstaltungen und Festbetriebe, Reorganisation des Bewilligungsverfahrens
JA		
POS 2006/000415	27.09.2006 29.09.2010	Bartholdi Roger und Stucker Rolf Velofahrverbot, Durchsetzung in den Fussgängerzonen
NEIN		
POS 2007/000106	07.03.2007 29.09.2010	Im Oberdorf Bernhard und Bartholdi Roger Veloverkehr, Durchsetzung des Verbots auf Trottoirs
NEIN		
POS 2008/000142	26.03.2008 11.06.2008	Stucker Rolf und Garzotto Bruno Bootsvermietungen, Anzahl der Angebote
NEIN		
POS 2008/000157	02.04.2008 03.11.2010	Kuhn Rolf Rousseaustrasse, Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit
NEIN		
POS 2008/000159	02.04.2008 03.11.2010	Rykart Sutter Karin und Sarbach Martin Einbahnstrassen, Verbesserung der Signalisation für Radfahrende in der Gegenrichtung
NEIN		
POS 2008/000325	02.07.2008 03.11.2010	Feuillet Dominique und Probst Matthias Triemlistrasse und Letzigraben, Senkung der Höchstgeschwindigkeit
NEIN		
POS 2008/000338	09.07.2008 08.12.2010	Bartholdi Roger und Liebi Roger Stadtpolizei, Fusspatrouillen im Langstrassenquartier
NEIN		

POS 2009/000222	27.05.2009 22.06.2011	Uttinger Ursula und Pflüger Severin Intensivierung der Polizei-Zusammenarbeit
JA		
POS 2009/000283	24.06.2009 08.07.2009	SVP, FDP und CVP-Fraktionen Tankstellenshops, Beibehaltung des Status quo bezüglich Öffnungszeiten und Produkteangebote
JA		
POS 2009/000330	08.07.2009 22.06.2011	Bartholdi Roger und Liebi Roger Überwälzung von Kosten für Polizeieinsätze nach Verursacherprinzip
NEIN		
POS 2009/000332	08.07.2009 21.10.2009	Jüsi Bernhard Sofortmassnahmen zur Entlastung von Quartier- und Durchgangsstrassen in den Quartieren Enge und Wollishofen
JA		
POS 2011/000098	30.03.2011 24.10.2012	Bourgeois Marc und Trevisan Guido Ausschluss der Teilnahme von uniformierten Angehörigen der Stadtpolizei Zürich an politischen Versammlungen, Kundgebungen oder Propaganda
NEIN		
POS 2012/000378	30.03.2011 24.10.2012	Katumba Andrew und Wyler Rebekka Flächendeckende und durchgehende Einfärbung der Radstreifen auf dem gesamten Stadtgebiet
JA		
POS 2011/000159	18.05.200 21.10.2012	Probst Matthias und Hug Christina Anpassung der Grünen Welle auf Hauptverkehrsachsen auf Tempo 20 km/h
NEIN		
POS 2011/000265	06.07.2011 24.08.2011	Hagger Joachim und Jäger Alexander Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenützer via Internet oder Mobiltelefon
NEIN		
POS 2011/000274	13.07.2011 31.08.2011	Bourgeois Marc und Simon Claudia Bewilligung der Boulevardgastronomie an der Dufourstrasse sowie an vergleichbaren Lagen im bisherigen Umfang
JA		
POS 2011/000350	21.09.2011 30.11.2011	Tuena Mauro und Liebi Roger Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit Saldi
JA		
POS 2011/000503	21.12.2011 08.02.2012	Schönbächler Marcel und Weyermann Karin Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen
NEIN		
POS 2012/000015	18.01.2012 29.02.2012	Schönbächler Marcel Verrechnung der anfallenden Sicherheitskosten für eingelieferte, berauschte Personen in den Regionalwachen
JA		



21 / 32

POS 2012/000135	28.03.2012 30.05.2012	Bourgeois Marc und Schmid Michael Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse / Häringstrasse sowie Anpassung des Nachfahrverbots
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2012/000269	27.06.2012 11.07.2012	Bartholdi Roger und Haller Margrit Strichplatz Altstetten, Verhinderung der Prostitution in den umliegenden Quartieren
--------------------	--------------------------	--

JA

POS 2012/000320	29.08.2012 12.09.2012	Schmid Michael und Egger Urs Verunreinigung und Beschädigung der Parkanlagen rund um das Seebe- cken, Anordnung von zweckmässigen Massnahmen
--------------------	--------------------------	--

NEIN

Gesundheits- und Umweltdepartement:

POS 1993/000453	15.09.1993 02.03.1994	Reinhard Anneliese und 16 Mitunterzeichnende Flughafen Kloten, Abflugrouten über das Stadtgebiet, Verhinderung
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2002/000332	11.09.2002 30.10.2002	Sozialdemokratische Partei Fraktion, Freisinnig-Demokratische Partei Frakti- on und Christlichdemokratische Volkspartei Fraktion Flugverkehr, Betriebsvarianten
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2005/000529	07.12.2005 21.12.2005	Jäger Alexander Eisenbahnbrücke zwischen Wipkingen und Industriequartier, Massnahmen gegen Lärmbelastung
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2009/000218	20.09.2006 27.05.2009	Girod Bastien und Probst Matthias Autofreier Tag, jährlich immer am 22. September
--------------------	--------------------------	--

NEIN

POS 2010/000075	03.02.2010 03.03.2010	Bloch Süss Monika und von Matt Hans Urs Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Personal der Zentralwäscherei Zürich (ZWZ)
--------------------	--------------------------	---

NEIN

POS 2013/000002	14.04.2010 09.01.2013	Z'graggen Marcel und Mächler Martin Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze im Bereich Fachangestellte Ge- sundheit (FaGe)
--------------------	--------------------------	--

Am 1. Juli 2015 abgeschrieben mit der Weisung 2015/16

POS 2012/000482	12.12.2012 09.01.2013	Hochreutener Andrea und Ammann Jürg Altersstrategie der Stadt, Berücksichtigung zusätzlicher Wirkungsbereiche der Stadtverwaltung
--------------------	--------------------------	---

Am 20. Mai 2015 abgeschrieben mit der Weisung 2015/6

POS 2013/000154	17.04.2013 21.08.2013	Edelmann Andreas und Glaser Helen Massnahmen zur verstärkten Förderung von Null-Energie-Bauten
--------------------	--------------------------	---

JA

POS 2013/000155	17.04.2013 21.08.2013	Glaser Helen und Edelmann Andreas Erhöhung der Zahl der energetischen Sanierungen beim bestehenden Ge- bäudepark
--------------------	--------------------------	--

JA



Tiefbau- und Entsorgungsdepartement:

POS 1991/000392	28.08.1991 18.11.1992	Baur Toni und Mägli-Fischer Erika Gessneralle/Sihlpost/Sihlquai, Realisierung einer Veloroute
NEIN		
POS 1999/000591	24.11.1999 14.11.2001	Seliner Emil und Ottmer Lars Langstrasse, Aufwertung der umliegenden Quartierplätze
JA		
POS 2000/000065	09.02.2000 05.06.2002	Schüepp Jürg R. und Furter Willy Westast, Anschluss nach Brunau und Schöneich
JA		
POS 2000/000590	06.12.2000 26.03.2003	Schilter Armin und Casparis Jürg Sihltiefstrasse, beschleunigte Realisierung des Tunnels
NEIN		
POS 2003/000132	31.01.2001 02.04.2003	Schönbächler Robert und 12 Mitunterzeichnende S-Bahnhof Hardbrücke bis Pfingstweidstrasse, Gestaltung des Raumes als Bahnhofplatz
JA		
POS 2001/000340	20.06.2001 14.01.2004	Zimmermann Markus und 4 Mitunterzeichnende Limmatuferzone in Wipkingen, Aufwertung
NEIN		
POS 2001/000577	14.11.2001 23.10.2002	Schmid Roland und Rosenheim Monjek Manesseplatz, verkehrstechnische Verbesserung
JA		
POS 2001/000587	21.11.2001 21.01.2004	Virag Jansen Eva Uetlibergtunnel, flankierende Verkehrsmassnahmen
JA		
POS 2002/000057	06.02.2002 02.04.2003	Schönbächler Robert und Furter Willy Maag-Areal/Gerold-Areal/ Bahnhof Hardbrücke, Gestaltungsplan
JA		
POS 2003/000370	01.10.2003 18.01.2006	Bartholdi Roger und im Oberdorf Bernhard Velowege, keine Erstellung auf Trottoirs
NEIN		
POS 2004/000098	03.03.2004 13.09.2006	SVP-Fraktion Graffiti und andere Verunreinigungen, Entfernung durch Private
NEIN		
POS 2006/000387	09.06.2004 13.09.2006	Scherr Niklaus und Leiser Albert Werk-Tarifordnungen, einheitlicher gemeinsamer Gebührenbezug
JA		

POS 2007/000061	25.08.2004 31.01.2007	Stokar Gasser Christine Rütihofquartier, kostengünstige Aufwertung der Verkehrssituation
JA		
POS 2006/000209	31.05.2006 21.06.2006	Pauli Pascal und Leupi Daniel Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Bewegungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche und Kinder
NEIN		
POS 2006/000222	07.06.2006 14.05.2008	Seidler Christine und Mariani Mario Familiengärten, Ersatzstandorte
NEIN		
POS 2006/000457	25.10.2006 25.02.2009	Im Oberdorf Bernhard und Wohler Bruno Einhausung der Autobahn in Schwamendingen, Integration der Grünzone
NEIN		
POS 2007/000104	07.03.2007 25.02.2009	Egger Urs Bahnhöfe und wichtige Plätze, Erstellen kostenpflichtiger Velostationen
JA		
POS 2007/000248	09.05.2007 27.06.2007	Liebi Roger und Tuena Mauro Boulevard-Gastronomie, Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten
NEIN		
POS 2008/000061	23.01.2008 06.02.2006	SK Verkehr Baulinienrevisionen, Information betroffener Grundeigentümerschaften
JA		
POS 2008/000062	23.01.2008 26.05.2010	Seidler Christine und Traber Christian Arten- und Lebensraumförderung, Konzept
JA		
POS 2008/000063	23.01.2008 23.06.2010	Käppeli Hans Jörg und Elmer Lück Annemarie Fronwaldstrasse, Erstellen einer Überführung über die Bahnlinie
JA		
POS 2008/000078	30.01.2008 26.05.2010	Von Matt Hans Urs und Wyler Rebekka Agnes-Robmann-Weg, Ausbau für den Veloverkehr
NEIN		
POS 2008/000109	05.03.2008 26.03.2008	Jäger Alexander Kehrichtheizkraftwerk (KHKW) Josefstrasse, Weiterbetrieb nach 2020
NEIN		
POS 2008/000300	25.06.2008 27.08.2008	Knauss Markus und Leupi Daniel Westtangente, Umsetzung flankierender Massnahmen
NEIN		

POS 2008/000396	03.09.2008 02.06.2010	Mariani Mario und Schönbächler Robert Wipkingerplatz, Aufwertung
NEIN		
POS 2009/000030	21.01.2009 04.02.2009	Stähli-Barth Peter, Sidler Bruno und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, Aufwertung des Bahnhofplatzes Süd
JA		
POS 2009/000031	21.01.2009 04.02.2009	Sidler Bruno, Stähli-Barth Peter und 17 Mitunterzeichnende Planungs- und Bauarbeiten beim Bahnhof Oerlikon, attraktives Erscheinungsbild
JA		
POS 2009/000118	01.04.2009 10.11.2010	Reimann Beatrice und Ammann Andreas Künftige Tiefbauprojekte, Verzicht auf das Konzept der Längsparkierung auf dem Trottoir
JA		
POS 2010/000028	16.09.2009 13.01.2010	Käppeli Hans Jörg und Odermatt André Lückenlose Wegführung auf dem Velonetz um den Bahnhof Oerlikon
NEIN		
POS 2009/000425	23.09.2009 08.06.2011	SVP-Fraktion Sicherstellung der verfügbaren Anzahl Parkplätze gemäss Stand 1990
NEIN		
POS 2011/000066	18.11.2009 09.03.2011	Nagel Ueli und Leupi Daniel Rechtlicher Schutz der Bäume und Baumbestände
JA		
POS 2009/000580	02.12.2009 16.12.2009	Käppeli Hans Jörg und Katumba Andrew Schmiede Wiedikon, Realisierung einer hohen Einstiegskante für Bus und Tram
JA		
POS 2009/000598	11.12.2009 29.02.2012	Traber Christian und Leupi Daniel Erstellung einer Verbindung zwischen Sihlpromenade und Lessingstrasse
JA		
POS 2010/000063	27.01.2010 06.06.2012	Seidler Christine und Nagel Ueli Erhaltung von Brachflächen für eine zeitlich beschränkte Zwischennutzung für Kultur, Gesellschaft und Natur
JA		
POS 2012/000233	03.02.2010 06.06.2012	Cerliani Pierino und Nagel Ueli Ökologische Vernetzung, Schaffung einer rechtlichen Grundlage
NEIN		
POS 2010/000321	14.07.2010 26.09.2012	Nagel Ueli und Probst Matthias Schaffung einer Internet-Plattform für Velofahrende in der Stadt Zürich
JA		

POS 2012/000404	08.09.2010 07.11.2012	Schönbächler Marcel und Mariani Mario Schütze-Areal, Umgestaltung in eine kinder- und familienfreundliche Parkanlage
NEIN		
POS 2010/000457	03.11.2010 17.11.2010	Tuena Mauro und Wohler Bruno Bauschänzli, Verzicht auf die Pflanzung einer zusätzlichen Baumreihe
NEIN		
POS 2010/000458	03.11.2010 07.11.2012	Mariani Mario und Schönbächler Marcel Stadtbahn Limmattal, Verknüpfung mit dem Städtzürcher Tramnetz
NEIN		
POS 2010/000489	24.11.2010 03.10.2012	Kälin Simon ZVV, Aufrechterhaltung eines Fahrplanangebots nach Sihlbrugg Station
JA		
POS 2011/000006	12.01.2011 07.11.2012	Trevisan Guido und Bernhard Irene Nutzung des Schlittelwegs vom Triemli bis Bahnhof Uetliberg für Velofahrende während der schneefreien Zeit
JA		
POS 2011/000046	02.02.2011 07.11.2012	Bergmaier Guido und Scheck Roland Tiefbauamt, Aufführung der Baukosten bei allen öffentlichen Planaufgaben sowie den Baustellen-Infos
NEIN		
POS 2011/000055	02.03.2011 13.04.2011	SP-, Grüne, GLP-, AL- und der parlamentarischen Gruppe EVP Erarbeitung Masterplan Mobilität zur Erreichung der CO2-Emissionsziele
NEIN		
POS 2011/000097	30.03.2011 07.11.2012	Trevisan Guido und Nabholz Ann-Catherine Einrichtung von Veloliften oder von kostenlosen Velo-VBZ-Kurzstrecken
JA		
POS 2012/000405	06.04.2011 07.11.2012	Aubert Marianne und Käppeli Hans Jörg Haltestelle Klusplatz, benutzerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung
NEIN		
POS 2011/000122	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Bestimmungen des Landesmantelvertrags im Bauhauptgewerbe auf städtischen Baustellen
NEIN		
POS 2011/000123	13.04.2011 29.06.2011	SP-, Grüne, AL- und GLP-Fraktion Einhaltung der Vorgaben und Empfehlungen des Bundes und der SUVA zum Schutz der Bauarbeiter auf städtischen Baustellen
NEIN		
POS 2011/000125	13.04.2011 21.09.2011	Dubno Samuel und Luchsinger Martin Aufhebung der Verlängerung des Zeltwegs und Aufwertung des Heimplatzes im Rahmen des Kunsthause-Neubaus
NEIN		

POS 2011/000127	13.04.2011 07.11.2012	Jäger Alexander und Uttinger Ursula Winterdienst Stadt Zürich, Einschränkung des Streusalzverbrauchs
NEIN		
POS 2011/000201	06.08.2011 07.11.2012	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Verzicht auf die Errichtung nicht dringend notwendiger Inseln und Trottoirnasen auf wichtigen Verkehrsachsen
JA		
POS 2011/000349	21.09.2011 05.10.2011	Frei Dorothea, Tognella Roger und 7 Mitunterzeichnende Autobahnanschluss durch das Quartier Auzelg, Verhinderung des Eintrags in den kantonalen Richtplan
JA		
POS 2011/000358	28.09.2011 17.04.2013	Probst Matthias Ausbau der Josefstrasse zur Haupt-Velo-Achse
NEIN		
POS 2011/000477	07.12.2011 21.12.2011	Brander Simone Realisierung von Kapphaltestellen und einem Tempo-30-Regime im ganzen QUARZ-Bereich Nordbrücke unter vorläufiger Beibehaltung der heutigen Oberflächengestaltung der Nordbrücke
NEIN		
POS 2012/000029	25.01.2012 29.02.2012	Fehr Urs und Schwendener Thomas Weitere Unterstützung der Voliere in Zürich-Seebach
JA		
POS 2012/000053	08.02.2012 14.03.2012	Knauss Markus Realisierung einer direkten Veloführung von der Quaibrücke zur Rämistrasse
JA		
POS 2012/000068	29.02.2012 14.03.2012	Wepf Mirella und Manser Joe A. Entfernung oder Kürzung der Hecke auf der Seeseite des Utoquais
NEIN		
POS 2012/000103	14.03.2012 05.06.2013	Kälin Simon und Butz Marlène Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträgen an die Trägervereine
NEIN		
POS 2012/000213	23.05.2012 13.06.2012	Recher Alecs Schaffung einer durchgängig sicheren Verbindung für Radfahrende auf der Forchstrasse zwischen Rehalp Stadtgrenze und Stadelhofen
NEIN		
POS 2012/000259	20.06.2012 04.07.2012	Käppeli Hans Jörg Haltestelle Sihlpost, Ausrüstung der Buskante mit einem «Kasseler Sonderbord»
NEIN		
POS 2012/000318	29.08.2012 12.09.2012	FDP-Fraktion, Grüne-Fraktion, CVP-Fraktion und SP-Fraktion Ausrüstung der Tramhaltestelle Rennweg mit durchgehend hohen Haltekannten
JA		

POS 2012/000391	31.10.2012 05.12.2012	Von Matt Hans Urs und Dubs Früh Marianne Fahrradparkplatz beim Eingang zum Strandbad Mythenquai, Sanierung und Regelung der Bewirtschaftung
JA		
POS 2012/000444	28.11.2012 15.12.2012	Probst Matthias und Steiner Kathy Massnahmen zur verstärkten Bekämpfung von invasiven Neophyten in der Stadt
JA		
POS 2012/000455	05.12.2012 15.12.2012	Brander Simone Umgestaltung der Stadt Zürich in eine «essbare Stadt»
JA		
POS 2012/000460	05.12.2012 14.12.2012	Tuena Mauro und Hüsey Kurt Verzicht auf die behindertengerechte Umgestaltung der Tramhaltestelle an der Tannenstrasse
JA		
POS 2013/000152	17.04.2013 03.07.2013	Grüne-Fraktion, GLP-Fraktion, FDP-Fraktion, SP-Fraktion und CVP-Fraktion Nutzerfreundliche Gestaltung der Schulstrasse im Bereich zwischen dem Neumarkt und Swissôtel
JA		
POS 2013/000293	28.08.2013 11.09.2013	SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, CVP-Fraktion und AL-Fraktion Verzicht auf den weiteren Einsatz des ÖRBI
JA		
<u>Hochbaudepartement:</u>		
POS 2002/000123	10.04.2002 13.11.2002	Fiala Doris und Walther Rolf Bahnhofbrücke-Mühlesteig, Verbesserung der städtebaulichen Situation
NEIN		
POS 2004/000288	02.06.2004 16.06.2004	Isele Christina und Kappeler Thomas Privater Gestaltungsplan «Tobelhof», Massnahmen gegen unberechtigtes Parkieren
JA		
POS 2004/000497	15.09.2004 29.09.2004	Tognella Roger und 20 Mitunterzeichnende Submissionsverordnung, Nutzung des Spielraums bei der Vergabe städti- scher Aufträge an KMU
NEIN		
POS 2007/000121	14.03.2007 15.09.2010	Butz Marlène und Mauch Corine Strategien Zürich 2025, Nutzungsänderungen von Wohnraum im Hochschul- gebiet
JA		
POS 2007/000285	23.05.2007 15.09.2010	Leiser Albert und Jäger Alexander Bauten der Stadt Zürich, Realisierung nach der LCC-Methode
NEIN		
POS 2010/000483	16.01.2008 17.11.2010	Garzotto Bruno und Sidler Bruno Papierwerd-Areal, Projektierungskredit
NEIN		

POS 2008/000524	19.11.2008 06.07.2011	Bergmaier Guido und Wohler Bruno Offene Radrennbahn Oerlikon, Sistierung von Planungsarbeiten
NEIN		
POS 2009/000158	06.05.2009 11.12.2009	FDP-Fraktion Prüfung einer Zusammenlegung von Immobilien-Bewirtschaftung IMMO und Liegenschaftenverwaltung des Finanzvermögens
NEIN		
POS 2012/000287	17.06.2009 04.07.2012	Pflüger Severin und Meier Daniel Seerestaurant im Bereich des oberen Seebeckens
NEIN		
POS 2009/000541	18.11.2009 27.01.2010	Scherr Niklaus Bau- und Zonenordnung, Nichtanrechnung auf den Wohnanteil von Zweitwohnungen, Hotelnutzungen und Business-Appartements
JA		
POS 2010/000034	20.01.2010 16.12.2011	Seidler Christine Soziale Nachhaltigkeit auf Quartier- oder Siedlungsebene, Erarbeitung von Leitbildern
NEIN		
POS 2010/000079	03.02.2010 29.08.2012	SP-Fraktion Vereinfachung der Vorgaben und Richtlinien bei der Ausstattung der Betreuungseinrichtungen
JA		
POS 2010/000502	01.12.2010 29.08.2012	Vocat Fabienne Nicole und Baumer Michael Anpassung der Standards für den Bau von kostengünstigeren Volksschulanlagen in der Stadt Zürich
JA		
POS 2011/000269	06.07.2011 16.12.2011	Rechsteiner Urs und Hungerbühler Markus Aufhebung der Fachstelle «Kunst und Bau»
JA		
POS 2011/000352	21.09.2011 13.03.2013	Tognella Roger Änderung von Art. 6 BZO, Realisierung von Kinderbetreuungsstätten auch bei Verletzung des Wohnanteils
NEIN		
POS 2012/000442	28.11.2012 09.01.2013	FDP-Fraktion Aufflistung der ökologischen, energetischen und wirtschaftlichen Vor- und Nachteile verschiedener Gebäudestandards bei der Erstellung sowie beim Betrieb eines Bauobjektes
NEIN		
POS 2013/000072	06.03.2013 23.10.2013	Nabholz Ann-Catherine und Käser Philipp Erweiterung der Richtlinien «Kunst und Bau» mit ökologischen Projekten unter dem Titel «Natur und Bau»
JA		
POS 2013/000294	28.08.2013 23.10.2013	Kälin Simon und Bosshard Gerhard Gewölbe der Katzbastion, Gewährleistung der öffentlichen Zugänglichkeit
NEIN		

POS 2013/000304	04.09.2013 23.10.2013	Nüssli-Danuser Andrea und Brander Simon Ausbau der Veloabstellplätze bei den bestehenden und künftigen Schulanlagen
JA		
<u>Departement der Industriellen Betriebe:</u>		
POS 1995/000050	08.02.1995 29.03.1995	Tschopp Kurt Bushaltestelle Bahnhof Wipkingen, Errichtung eines Unterstandes
JA		
POS 2000/000547	15.11.2000 02.04.2003	Meier Hans-Ulrich Scheuchzerstrasse, Verlegung der VBZ-Haltestelle
JA		
POS 2001/000007	10.01.2001 21.05.2003	Zimmermann Markus und 7 Mitunterzeichnende Westtangente, Einrichtung einer Busspur zwischen Escher-Wyss-Platz und Bucheggplatz
NEIN		
POS 2004/000198	07.04.2004 25.05.2005	Amacker Bruno Ausrangierte Schweizer Nutzfahrzeuge, Erhaltung
JA		
POS 2009/000257	10.06.2009 19.08.2009	Savarioud Marcel und Makwana-Boss Elisabeth Expressbus-Verbindung vom Bahnhof Stettbach zum Zoo
NEIN		
POS 2009/000391	02.09.2009 27.06.2012	Di Concilio Salvatore und Filli Peider Limmatschiffahrt, Erhöhung der Taktfrequenz und Wiedereinführung der Haltestelle Wollishofen
JA		
POS 2009/000406	16.09.2009 27.06.2012	Jäger Alexander und Piller Bernhard Beteiligung des EWZ an europäischen Hochspannungsleitungen über Swissgrid
JA		
POS 2009/000449	30.09.2009 27.06.2012	Aeschbach Christian und Hug Christina Direkte Verbindung des öffentlichen Verkehrs zwischen Burgwies, der Eierbrecht und dem Einkaufszentrum Witikon
NEIN		
POS 2010/000265	16.06.2010 27.06.2012	Utz Florian und Trevisan Guido Einführung einer Buslinie auf der Route Hauptbahnhof-Am Wasser-Rüthof
NEIN		
POS 2010/000312	14.07.2010 27.06.2012	Dubs Marianne und Wyss Thomas VBZ-Netz 2025, Berücksichtigung und Priorisierung einer Tramlinie nach Affoltern
NEIN		
POS 2011/000090	23.03.2011 06.03.2013	Spiess Christoph und Blöchlinger Patrick Ausstieg aus der atomaren Stromproduktion ohne Beeinträchtigung von Natur und Landschaft
JA		

POS 2012/000138	07.12.2011 28.03.2012	Piller Bernhard und Glaser Helen Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ), Verpflichtung zu einer jährlichen Stromeinsparung von 1 % pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012
JA		
POS 2012/000079	07.03.2012 21.03.2012	Aubert Marianne und Strub Jean-Daniel Verbesserte Anbindung für das neu entstehende Spitalgebiet Lengg/Balgrist und das Wohnquartier Lengg/äussere Zollikerstrasse/Im Walder durch den öffentlichen Verkehr
NEIN		
<u>Schul- und Sportdepartement:</u>		
POS 2010/000367	05.03.2008 01.09.2010	SP-Fraktion Sprach- und Deutschkenntnisse, Förderung vor Eintritt in den Kindergarten
JA		
POS 2009/000468	21.10.2009 05.09.2012	Marthaler Thomas Freestyle Park Allmend Brunau, Ausarbeitung eines Betriebskonzeptes
JA		
POS 2010/000225	26.05.2010 05.09.2012	Liebi Roger und Regli Daniel Umsetzung des Unterrichtsfachs «Mensch und Umwelt» an den Volksschulen
NEIN		
POS 2012/000427	23.06.2010 14.11.2012	Rabelbauer-Pfiffner Claudia und Mächler Martin Schaffung von eigenen Schulsekretariaten für die Schulleitungen
JA		
POS 2010/000529	15.12.2010 14.11.2012	Hug Christina und Rabelbauer-Pfiffner Claudia Vermittlung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung und der 2000-Watt- Gesellschaft in den städtischen Schulen
JA		
POS 2011/000348	21.09.2011 23.11.2011	SP-Fraktion Betreuungsangebote für schulpflichtige Kinder, Pauschalisierung der Ange- bote sowie Vereinfachung der administrativen Abläufe
JA		
POS 2011/000455	07.12.2011 17.12.2011	Angst Walter Externe Evaluation zur Überprüfung von Wirkung und Nutzen der Massnah- men im Zusammenhang mit der Erweiterung der Tagesstrukturen
JA		
POS 2012/000429	28.03.2012 14.11.2012	Garcia Isabel und Hauri Andreas Neuregelung der Mittagszeit in den städtischen Tagesschulen, Mittagsti- schen und Horten
JA		
POS 2012/000454	05.12.2012 12.12.2012	Wyler Rebekka Ausbau der Schuldenprävention an der Oberstufe und an den Berufsschulen
JA		
POS 2013/000099	20.03.2013 03.04.2013	GLP-Fraktion Künftige Nutzungsszenarien für das Stadion Letzigrund
JA		

Sozialdepartement:

POS 2008/000020	16.01.2008 04.06.2008	Liebi Roger und Bartholdi Roger Sozialarbeitende, Ausbau der Kontakte zur Klientel
NEIN		
POS 2010/000465	10.11.2010 01.12.2010	Rutherford Catherine Erhöhung des städtischen Beitrags an den Verein Fachstelle für Schuldenfragen
NEIN		
POS 2011/000007	12.01.2011 03.10.2012	Glaser Helen Einführung eines speziellen Nachweises für die Freiwilligenarbeit von Schüler/innen und Jugendlichen
JA		
POS 2011/000047	02.02.2011 03.10.2012	Bergmaier Guido und Schlatter Hedy Überprüfung der neu lancierten Projekte, Angebote und Engagements im Sozialbereich
NEIN		
POS 2011/000483	14.12.2011 17.12.2011	Mächler Martin Verzicht auf die Kürzung der Ausbildungszulagen für die Kitas
JA		
POS 2012/000236	06.06.2012 20.06.2012	Schwendener Thomas und Regli Daniel Massnahmen zur Verbesserung der Informationspolitik im Zusammenhang mit der geplanten Unterbringung von Asylsuchenden sowie frühzeitige Mitteilung vorgesehener Standorte für Asylzentren der AOZ
NEIN		
POS 2013/000156	17.04.2013 05.06.2013	Sangines Alan David und Dubno Samuel Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Einflussnahme der Stadt auf das Betriebskonzept
JA		

7. Antrag und Schlussabstimmung

Antrag des Stadtrats:

Der Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2014 (Beilage) wird abgenommen.

Referent zur Vorstellung des Berichts: Präsident Michael Schmid (FDP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Claudia Simon (FDP)

Minderheit: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent

Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Corinne Schäfli (AL), Christine Seidler (SP)

Für die Geschäftsprüfungskommission

Präsident Michael Schmid (FDP)

Sekretär Gregor Bucher

Zürich, 7. September 2015